

22. Juli 2015

PRESSEMITTEILUNG

Führungskräfte: Urteil zum Betreuungsgeld als Chance für familienpolitische Kurskorrektur

In der Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Betreuungsgelds durch das Bundesverfassungsgericht sieht die Führungskräftevereinigung ULA eine Chance für eine Kurskorrektur in der Familienpolitik. Deutschlands Führungskräfte setzen sich für eine konsequent betreuungsorientierte Familienförderung ein.

Eltern "Echte Wahlfreiheit erwerbstätige erfordert für ein flächendeckendes und qualitativ hochwertiges Betreuungsangebot", stellt ULA-Hauptgeschäftsführer Ludger Ramme fest. "In diese Richtung sollte der Bund die finanziellen Mittel umschichten, die mit einer Abschaffung des Betreuungsgelds frei werden." Der Vorrang gebühre dabei einer besseren frühkindlichen Förderung Kindertagesstätten sowie einem Ausbau der Ganztagesbetreuung in Schulen.Im Gegensatz zu direkten Transferleistungen an Eltern hält die ULA eine Beteiligung des Bundes an Investitionen der Länder und der Kommunen für verfassungsrechtlich gesichert.

Auch über die tagesaktuelle Frage des Betreuungsgelds hinaus besteht aus Sicht der ULA grundsätzlicher Handlungsbedarf in der Familienpolitik. Eine konsequent betreuungsorientierte Familienförderung erfordert deutlich mehr Investitionen. Daher sind Zurückhaltung und auch die Möglichkeit von Einsparungen bei

direkten Transferleistungen an Familien für die Führungskräftevereinigung kein politisches Tabu.

Darüber hinaus empfiehlt die ULA koordinierte Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen für eine grundlegende Vereinfachung des außerordentlich komplexen, unübersichtlichen und teilweise auch widersprüchlichen Förderinstrumentariums für Familien. ULA-Hauptgeschäftsführer Ramme dazu: "Bis heute sind politische Initiativen in diese Richtung leider nicht über das Stadium bloßer Ankündigungen hinaus gekommen. Nun wird es langsam Zeit zum Handeln."

(207 Wörter/1.787 Zeichen mit Leerzeichen)

ULA – United Leaders Association ist die Vereinigung der deutschen Führungskräfteverbände. Sie ist das politische Sprachrohr aller Führungskräfte in Deutschland. In deren Auftrag vertritt die ULA die Interessen der Führungskräfte in der Arbeits-, Steuer-, Sozial- und Bildungspolitik gegenüber Regierung und Parlament sowohl in Berlin als auch in Brüssel.

www.ula.de